

Beschlussvorlage öffentlich

Nr. 21/2022

Tagesordnungspunkt 4:

Beschluss zur Änderung der Verbandssatzung

Verbandsversammlung

Sitzung am 28.06.2022

Bereits in der Vergangenheit fiel auf, dass die Regelungen, die sich in der Verbandssatzung zu der Abrechnung von Krediten befinden, zu einem Ungleichgewicht führen und der Intention der Satzung zur Kostentragungspflicht zuwiderlaufen. Grundsätzlich sollen die Verbandsgemeinden nach dem prozentualen Schüleranteil, der auf Ihre Gemeinde entfällt, an den Kosten beteiligt werden.

Die in § 13 a der Verbandssatzung formulierte „flexiblen“ Kreditabrechnung nach den Schüleranteilen führt dazu, dass Zins- und Tilgung jährlich schwanken und kein fester Kreditanteil je Gemeinde festgelegt ist.

Mit der Kreditsumme wurde jedoch eine konkrete Verbindlichkeit bedient, die beziffert werden kann und nicht flexibel ist.

Beispielsweise wurde im Jahr 2020 eine Umlage für Gemeinde X in Höhe von 2 Mio. € festgesetzt. Die Gemeinde hatte die Möglichkeit, den Betrag direkt zu begleichen, einen eigenen Kredit aufzunehmen oder diesen Betrag über den Zweckverband zu finanzieren. Mit dem Entschluss den Betrag in dieser Höhe über den Zweckverband zu finanzieren ist die Gemeinde X eine Tilgungsverpflichtung in Höhe von 2 Mio. € eingegangen. Schülerzahlen der nachfolgenden Jahre dürften hierbei, anders als in der Satzung festgelegt, keine Rolle spielen. Dieser Betrag wird bei der Zwischen- bzw. Endabrechnung des Projekts vollumfänglich als geleistete Zahlung berücksichtigt.

Der Ausgleich von Schülerzahlenschwankungen wird über die Zwischen- und Endabrechnung der Investitionskosten der Bauprojekte ausgeglichen, da hierbei die durchschnittlichen Schülerzahlen des Abrechnungszeitraumes Berücksichtigung finden.

Dies führt dazu, dass jede Gemeinde genau die, auf ihren prozentualen Schüleranteil entfallenden Investitionskosten eines Bauprojekts trägt, was der Intention der Satzung entspricht.

Bei einer flexiblen, unabhängigen Kreditabrechnung stellt sich eine Schieflage ein, die zum Teil zu einer ungerechtfertigten enormen Be- bzw. Entlastung einzelner Gemeinden führt.

Im Rahmen der Erstellung der Zwischenabrechnungen für die Bauprojekte Generalsanierung Gymnasium Neubiberg (BGN), Neubau Gymnasium Hohenkirchen-Siegersbrunn (GHS) und Gymnasium Ottobrunn Abbruch und Neubau der Bauteile A+B (GOAN), konnte dieser Effekt nun mittels einer Beispielrechnung zum Gymnasium Hohenkirchen-Siegersbrunn rechnerisch nachgewiesen werden.

Die Abrechnung der Kredite nach festgelegten Kreditanteilen zum Zeitpunkt der Aufnahme führt zu dem Ergebnis, dass der geleistete Anteil dann dem tatsächlichen Anteil der Investitionskosten anhand der prozentualen Schüleranteilen entspricht und daher korrekt ist.

Denkbar ist lediglich ein Ausgleich der Zinsen für FAG-Zwischenfinanzierungskredite unter den Verbandsgemeinden anhand des Verteilungsschlüssels der Zwischenabrechnung, da deren Tilgung mit eingehenden Zuschüssen erfolgt und auf die Verbandsgemeinden satzungsgemäß nur 50% der anfallenden Zinsen umgelegt werden. Hierzu befindet sich derzeit keine Regelung in der Satzung.

Das Problem wurde mit dem Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung 2020 intensiv besprochen und durch den Verbandsausschuss im April bereits vorberaten. Auf Wunsch einiger Bürgermeister*innen wurden die Abrechnungsbeispiele mit Unterstützung durch den Zweckverband in örtlichen Gremien erläutert.

Eine abschließende Beratung des Verbandsausschusses findet am 28. Juni 2022 vor der Verbandsversammlung statt.

Zwischenzeitlich wurde die geplante Satzungsänderung zudem auch mit der Regierung von Oberbayern besprochen, die ihr Einverständnis signalisiert hat.

Bei der Erstellung der Zwischenabrechnung des Neubaus des Gymnasiums Höhenkirchen-Siegertsbrunn ist zudem aufgefallen, dass auf die Gemeinde Putzbrunn ein Betrag von 42.900,00 € zu viel umgelegt wurde. Korrekterweise muss dieser nun anhand des Zwischenabrechnungsschlüssels auf alle Verbandsgemeinden aufgeteilt werden.

Um die Erstellung der Jahresrechnung 2021 nicht weiter zu verzögern und zugleich keine weiteren Korrekturen zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen zu müssen, sollte zudem der Beschluss gefasst werden, die geplanten Satzungsregelungen bereits jetzt vor Rechtskräftigkeit der Abrechnung zugrunde zu legen.

2. Beschlussvorschlag:

A. Die Verbandsversammlung beschließt die Verbandssatzung folgendermaßen zu ändern:

§ 13 a wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Soweit Investitionskosten der Verbandsgemeinden nach § 13 Abs. 3 durch eine Kreditaufnahme des Zweckverbands finanziert werden, werden die Anteile zum Aufnahmezeitpunkt für die Kreditlaufzeit festgeschrieben. Sondertilgungen im Rahmen des eigenen Anteils sind jeweils zum Ende der Zinsbindungsfrist möglich.**

OPTIONAL:

- (2) Wurde für eine Baumaßnahme ein Kredit zur Zwischenfinanzierung nicht rechtzeitig gewährt, werden staatliche Zuschüsse durch den Zweckverband aufgenommen, erfolgt zum Zeitpunkt der Zwischen- bzw. Endabrechnungen des Bauprojekts mit gleichem Abrechnungsschlüssel ein Ausgleich der Zinsanteile unter den Gemeinden.**

B. Um die Abrechnung des Haushaltsjahres nicht weiter zu verzögern und zugleich spätere Korrekturen zu vermeiden, wird die Verwaltung angewiesen, bereits vor Rechtskräftigkeit der Satzungsänderung die Neuregelungen den Abrechnungsbescheiden für das Jahr 2021 zugrunde zu legen.

Abstimmung:



Patricia Hüfner
Geschäftsleiterin